

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. Frei Haus, bei Postbestellung 1,50 RM. Inland. Einzelnummern 10 Pf. Alle Telefonnummern und Postfachnummern sind angegeben. In der Zeit der Kriegsdienstverweigerung ist das Abonnement kostenlos. Bei Nichterhalt der Zeitung oder Rückgang des Bezugspreises. Rückmeldung eingekauft. Schlußfrist erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Anzeigenpreis: Die 4-spaltige Raumzeile 20 Pf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 2-spaltige Raumzeile im ersten Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Bezugspreis und Postzuschlag sind angegeben. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernimmt die Redaktion keine Haftung. Jeder Nachdruck ist ohne schriftliche Genehmigung der Redaktion untersagt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 202 — 92. Jahrgang      Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2640      Mittwoch, den 30. August 1933

## Deutschland erwartet klare Antwort.

Die Reichsregierung hat aus Anlaß der erhebenden nationalen Feiertage am Taunenberg- und am Niederwalddenkmal zweimal Veranlassung genommen, durch den Mund führender Mitglieder Kundgebungen nicht nur an das deutsche Volk, sondern über die Grenzen des Reiches hinaus an die Welt zu richten. Zweifellos ist das nicht ohne Absicht geschehen, in einem Zeitpunkt, da in der Förderung der bekannten außenpolitischen Forderungen Deutschlands durch die planmäßige „Zurückhaltung“ der Verhandlungspartner eine gewisse Störung eingetreten ist. Andererseits ist für den September bekanntlich der Wiederbeginn der Sitzungen der sogenannten „Abrüstungskonferenz“ vorgesehen; und Frankreich hat es bekanntlich trotz seiner Zustimmung zu dem Lausanner Protokoll vom 15. Dezember und der darin enthaltenen Formel von der deutschen Gleichberechtigung im Laufe des Sommers nicht an Erklärungen fehlen lassen, die den ganzen Sinn sowohl der famosen „Abrüstungskonferenz“ als auch der mageren, bisher rein formellen Zugeständnisse in der Gleichberechtigungsfrage erneut in Frage stellen.

Angesichts dieser Lage hat unser Führer Adolf Hitler sehr wohl gewußt, warum er in seiner Eigenschaft als Regierungschef bei der Saarlandgebung am Niederwalddenkmal so außerordentlich ernste und eindringliche Worte an die Welt und vor allem an die Adresse unserer westlichen Nachbarn richtete. Die völlige Erstarrung der französischen Außenpolitik in dem Geist des Diktats von Versailles, eine Erstarrung, die die wiederholten feierlichen Friedensbedeutungen unseres Volkstanzlers und anderer führender deutscher Männer nicht in dem gebotenen Maße als Verhandlungsgrundlage gelten ließ, ferner die ständigen französischen Sicherheitsforderungen gegenüber dem wehrlosen Reich, schließlich die offenkundig böswilligen Zeugnisse der Verweigerung vertraglich gesicherter Rechte an Deutschland — alles dies hat unseren Kanzler noch einmal bewogen, es mit allem Nachdruck auszusprechen: „Wir haben nicht einmal, sondern hundertmal erklärt: wir wünschen den Frieden mit der anderen Welt. Wir haben selbst den Krieg mitgemacht in seiner furchtbaren, keiner von uns wünscht ihn, niemand auch von uns wünscht fremdes Gut. Keiner will fremdes Volk uns anverleiben. Aber was Gott als Volk geschaffen hat, gehört auch zu diesem Volk. Und wenn Verträge heilig sein sollen, dann nicht nur für uns, sondern auch für die Gegner. Die Verträge aber geben das klare Recht, daß das Volk der Saar sein Schicksal selbst wählen mag.“ Er fügte in ganz eindeutigen Worten, die man in Paris und in London weder überhört noch mit diplomatischen Redensarten abtun kann, diesem neuen Friedensbekenntnis ein weiteres Bekenntnis der Verständigungsbereitschaft gegenüber Frankreich hinzu.

Reichspropagandaminister Dr. Goebbels aber hat es am Abschluß der denkwürdigen großen Erneuerungsgebung für Ostpreußen am Sonntagabend im Königsberger Schlosshof noch einmal ausgesprochen: „Dieses Volk, einzig in seinen Stämmen, Klassen und Berufen, bekennt sich zu seinem Namen und bekennt sich zu seiner Zukunft. Dieses Volk will einen Frieden der Ehre, will einen Frieden, der ihm das Leben läßt.“ In diesen Worten aber wie in denen des Führers ist logisch enthalten der klare Hinweis auf das, was nicht ist, logisch enthalten der klare Hinweis auf das, was nicht von deutscher Seite, sondern auch von zahlreichen ausländischen Staatsmännern und anderen Beobachtern des heutigen Zustandes in Europa immer wieder ausgesprochen worden ist: daß es in Europa keinen wahren Frieden geben kann ohne praktische Gleichberechtigung, ohne die Befestigung eines ungeheuren Rüstungsringes um ein wehrloses Deutschland, kurz ohne die Revision der unhaltbar gewordenen Bestimmungen des Versailler Diktats, dessen Artikel 19 ja eine solche Revision ausdrücklich vorsieht.

Aber das Versailler Diktat sieht ja auch eine tatsächliche Gleichberechtigung Deutschlands vor — und hier ergab sich einer der stärksten Angriffspunkte gegen die Politik Frankreichs, eines der stärksten Beweismittel für die Vertragsbrüchigkeit Böswilligkeit der französischen Politik. Denn die französische Regierung hat zu wiederholten Malen zu verstehen gegeben, daß das neue Deutschland ihr für die Zuhilfenahme feierlich verbrieft Rechtsansprüche weniger Unterlagen zu bieten schiene (und man muß ergänzen: weniger als das bedingungslos erfüllungsfreudige System der Parteien von Weimar). Nun, so fragen wir dann, warum hat denn dieses selbe Frankreich die Erfüllung seiner Vertragsverpflichtungen gerade diesem Weimarer System dreizehn Jahre lang verweigert? Und zweitens: Wer ist ein besserer Verhandlungspartner, wer ist ein sichererer Garant für die Einhaltung neuer Abkommen, eine Reichsregierung, deren „Macht“ lediglich auf dem

## Dr. Schacht über deutsche Finanzpolitik

### Schacht gegen Auslandsanleihen und Valutadumping.

Das Amsterdamer Blatt „Allgemein Handelsblad“ veröffentlicht eine Unterredung seines Berliner Mitarbeiters mit Reichsbankpräsident Dr. Schacht. Dr. Schacht erklärte dabei, auf Deutschlands Finanzpolitik eingehend, kurz und bündig: Internationale finanzielle Beziehungen werden bis auf weiteres von uns nicht gesucht. In vergangenen Jahren haben wir auf diesem Gebiet zu viel getan. Deutschland rechnet in keiner Hinsicht mehr auf internationale Finanzhilfe dieser früheren Art. Kapital müsse, so erklärte er weiter, gespart und durch Arbeit angesammelt werden, aber nicht geliehen.

Auf das gewaltige und so erfolgreiche Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung eingehend, betonte Dr. Schacht, daß es dabei vor allem auf die Wiederherstellung des Vertrauens und der Unternehmungslust ankomme. Man habe das feste Vertrauen, daß die nationale Arbeitsbeschaffung dieses Ziel erreicht, indem sie nicht nur eine vorübergehende Arbeitsvermehrung mit sich bringe, sondern auch daß die gegenwärtige Wirtschaftsbepression allmählich in eine nationale Konjunkturbelebung übergehe. Die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms mache sich erst seit einigen Monaten in der Praxis bemerk-

bar. Seine volle Auswirkung müsse noch kommen und über den kommenden Winter hinweggehen. Anschließend machte Dr. Schacht Ausführungen über die internationale Finanzlage, wobei er u. a. sagte, Deutschland habe es nicht nötig, die Goldparität zu verlassen. Gegenüber der Politik der Dumping-Länder, besonders Englands und Amerikas, bezeichnet Dr. Schacht den von Deutschland eingeschlagenen als den richtigeren, nicht durch ein künstliches Valutadumping die Stagnation der Wirtschaft teilweise zu unterbrechen, sondern durch Sparsamkeit und Vereinfachung der Lebenshaltung die Krisis zu überwinden. Wenn Deutschland trotzdem veranlaßt würde, Maßnahmen zur Steigerung seiner Ausfuhr zu treffen, so sei dies in erster Linie der unerhörte großen Schuldenlast gegenüber dem Ausland zuzuschreiben, die unter dem marxistischen System zustande gekommen sei.

wenn es im Ausland als wünschenswert bezeichnet werde, die rückständigen Schulden, die Deutschland im Augenblick nicht transferieren könne, für neue Kapitalanlagen in Deutschland zu verwenden, dann müsse mit allem Nachdruck geantwortet werden, daß davon absolut keine Rede sein könne. „Die Fehler“, so erklärte Dr. Schacht, „die Deutschland zwischen 1921 und 1930 durch allzu übermäßiges Aufnehmen fremden Kapitals gemacht hat, sollen bestimmt nicht wiederholt werden.“

## Zum Kriege gerüstet.

### Frankreichs „Kriegsstadt“ an der deutschen Westgrenze.

Der französische Ministerpräsident Daladier ist soeben von einer längeren Besichtigungsreise, die er längs der riesigen Befestigungen an der französischen Ostgrenze machte, zurückgekehrt. Er hat sich dabei mit größter Genugtuung darüber ausgesprochen, daß Frankreich alles getan habe, „um die französischen Ostgrenzen vor jedem Handstreich (!) zu schützen“.

Welchen ungeheuren Umfang und welche Stärke diese französischen Ostbefestigungen haben und in welchem Grade sie tatsächlich

eine Angriffsbasis darstellen, das plaudert offenherzig der „Zeit Parisien“ aus, der bekanntlich sehr gute Beziehungen zur französischen Regierung unterhält. Er vergleicht die stark besetzte Grenzzone mit einer „Kriegsstadt“ und sagt dann, man müsse sich eine Front von mehr als 100 Kilometer, die zwölf Kilometer von der Grenzlinie selbst entfernt verläuft, vorstellen. Sie sei mit einer ununterbrochenen Reihe von einzelnen Befestigungswerken ausgefüllt, die sich nur durch verschiedenartige Hügelung des Geländes bemerkbar machen.

Man könne von einer phantastischen unterirdischen Stadt sprechen, von einer Festung unter der Erde, die gegen die stärksten Kampfmittel Widerstand leisten könne. Ein ungeheurer Stahlpfänger sei tief in die Erde versenkt und lasse nur hier und da Stahlschichten hervortreten, die mit Geschützen aller Kaliber versehen seien. Jede dieser Panzerturmsuppen wiege mindestens 30 000

ständigen Wechsel irgendwelcher Parteiherrschaften mit einer Volksminderheit hinter sich verurteile, oder die Regierung Hitler, deren Ober mit vollem Recht von sich sagen darf, daß er im Falle neuer Wahlen fünf Sechstel des deutschen Volkes hinter sich hat und damit eine Politik ruhiger Stabilität auf unabsehbar lange Zeit gewährleisten werde? Wobei wir noch die Frage ununtersucht lassen wollen, ob der Kanzler gegebenenfalls mit dieser Schätzung nicht unrecht behielte und sich ein noch viel größerer Teil des deutschen Volkes zu ihm bekennen würde.

Das Ausland, in erster Linie Frankreich und England, das auch heute noch unverändert im französischen Fahrwasser segelt, ist erneut von der Reichsregierung vor aller Welt gestellt und an die Einhaltung der im Versailler Diktat, im Völkerbundstatut und im Lausanner Abkommen vom Dezember 1932 in aller Form niedergelegten deutschen Rechtsansprüche gemahnt worden. Die deutsche Initiative kann auch nicht ohne Einfluß auf die neuen Verhandlungen in Genf über die Abrüstungsfrage bleiben. Das neue Deutschland verlangt Antwort!

Kilogramm. Die unterirdische Stadt, die moderne „Stadt des Krieges“, liege hundert Meter unter der Oberfläche. Sie verfüge über eine Eisenbahn mit verhältnismäßig bequemen Wagen, die die unterirdische Stadt mit D-Zuggeschwindigkeit durchliefen.

Unter der Erde sei alles vorgesehen, damit ganze Heere monatelang dort leben könnten. Im Gelände selbst seien auch künstliche Abgründe vorgesehen, damit angreifende Panzerverbände dort verfangen. Außerdem sei eine Vorrichtung getroffen, um das Gelände in wenigen Stunden zu überschwemmen.

### Aushebungen in Österreich ab 1. Oktober.

Die Mitteilung des österreichischen Heeresministers Raugoin, daß noch in dieser Woche eine neue Wehrrordnung für Österreich veröffentlicht würde, findet in der österreichischen Presse stärkste Beachtung.

Die Blätter berichten, daß die Aushebungen für das neue Bundesheer in Aussicht genommene Pflichtheer bereits am 1. Oktober begännen. Es lämen junge Leute mit dem erreichten 21. Lebensjahr in Betracht. Die Dienstzeit werde im allgemeinen sechs Monate, für die Spezialwaffen zwölf Monate betragen.

In England wird die neue Wehrrordnung ebenfalls besprochen. Der „Daily Telegraph“ sagt, daß Österreich damit

unter Zustimmung der Westmächte die militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages durchbrechen, und bezeichnet die Heeresreform als den ersten Schritt zur allgemeinen Wehrpflicht in Österreich. In anderem Zusammenhang sagt übrigens „Daily Telegraph“, daß England für eine neue Anleihe an Österreich nicht zu haben sein würde.

### Verstärkung der Tiroler Garnisonen.

Außerdem „Sicherung der Grenze gegen Bayern“.

Wie der „Tiroler Anzeiger“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, werden die österreichischen Militärgarnisonen in einigen Orten Tirols in nächster Zeit bedeutend verstärkt werden. Ein Bataillon Bundesheer ist bereits aus Wien in St. Johann in Tirol und wird dort stationiert. In den nächsten Tagen wird auch die Garnison Ruffein verstärkt. In eine Reihe von anderen Orten werden gleichfalls Heeresstruppen gelegt werden.

Gleichzeitig wird in der allernächsten Zeit der Stand der Heimatwehr-Hilfspolizei durch Reu-ausmusterung aus Heimatwehrformationen bedeutend vergrößert werden. Diese neugebildeten Hilfspolizeien seien „zur Sicherung der Tiroler Grenze gegenüber Bayern“ bestimmt.